



DIE ZEIT



Nr. 50 3. Dezember 1976

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

31. Jahrgang · Preis 2,20 DM C 7451 C

Wäre Spaltung nicht doch besser?

Strauß und das Dilemma der Union

Von Kurt Becker

Helmut Kohl ist nicht zu Kreuze gekrochen, sondern in den letzten Tagen zu achtbarer Statur emporgewachsen. Er hat das Verlangen nach der Kapitulation von Franz Josef Strauß vor dem Vorstand der CDU erneuert und dabei die einhellige Rückendeckung durch die Führungsgruppe seiner Partei erhalten.

Noch ehe sich die beiden Führer der Unionsparteien mit ihren Verhandlungskommissionen zusammensetzten, um die Möglichkeiten einer Beilegung oder doch wenigstens einer radikalen Eindämmung des Übels von Kreuth zu erörtern, hatte die CDU die härtesten aller denkbaren Voraussetzungen fixiert: *Erstens* die Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag; *zweitens* die verbürgte Gewähr, daß die CDU weder selbst noch durch Hilfsorganisationen, sei es offen, sei es verdeckt, außerhalb Bayerns auftritt. An diesen anspruchsvollen Vorbedingungen wird sich die CDU bei allen Gesprächen mit der CSU, die noch bis zur konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages am 14. Dezember stattfinden könnten, messen lassen müssen.

Dem CDU-Vorstand ist diese robuste Entscheidung nicht einmal schwergefallen. Seine Mitglieder teilen Kohls Einschätzung: „Die Auflösung der Fraktion läßt sich überhaupt nur mit der Absicht erklären, im Bundesgebiet zwei Parteien — CDU und CSU — auf Dauer zu etablieren. Dieses Ziel muß man klar erkennen, wenn man die jüngsten Ergebnisse in ganzer Tragweite beurteilen will. Wir werden es nicht zulassen, daß diese Diskussion eine Entwicklung nimmt, die die wirklichen Absichten verschleiert und eine Klärung über die bayerischen Landtagswahlen 1978 hinausschiebt.“

Auch bängen in der CDU einige Parteiführer und örtliche Mandatäre schlichtweg um Mandate, Karrieren und Pfünden, wenn die CSU sich in anderen Ländern einnistet. Um so größer ist die Bereitschaft, hart aufzutreten. Selbst ein Mann wie der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger, der dem CSU-Vorsitzenden politisch äußerst nahesteht, gehört deshalb nach anfänglichem Zaudern zu den Gefolgsleuten des Ultimatums an Strauß (siehe Seite 4). Strauß braucht sich darüber nicht zu wundern. Er hat das Klima mit seiner Rede vor der bayerischen Jungen Union völlig vergiftet; gegen „politische Pygmäen der CDU“, „Zwerge im Westentaschenformat“ und schließlich den „total unfähigen“ Kohl zog er da vom Leder.

Allerdings regt sich unter führenden CDU-Männern nur geringe Hoffnung, daß den späten, aber nun um so rigoroseren Anstrengungen, Strauß endlich zur Unions-Raison zu bringen, ein nennenswerter Erfolg beschieden sein könnte. Die Kehrseite dieser pessimistischen Einschätzung ist nun die Entschlossenheit, einen CDU-Landesverband in Bayern zu gründen, falls Straußs Eigensinn nicht zu brechen ist. Zu einem solchen dramatischen Schritt bedarf es keiner großen Selbstüberwindung mehr.

Fähigkeit zum Kompromiß

Bei dem CSU-Vorsitzenden ist freilich keine Überraschung denkbar. Frau Marianne Strauß, einst darauf angesprochen, welche Talente ihres Mannes sie für besonders beeindruckend halte, erwiderte treffend: „Seine Fähigkeit zum Kompromiß, wenn es keinen anderen Ausweg mehr gibt.“ Strauß ist auch nicht einfach ein Berserker. Hat er seine Möglichkeiten überdehnt, wiegelt er ab, trachtet er nach De-Eskalation — so hatte er es seit Jahr und Tag mit der vierten Partei gehalten. Daran und an die Mutmaßung, Strauß habe den Beschluß des CSU-Treffens in Wildbad Kreuth nicht programmiert, sondern lediglich die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen, als der Verlauf der Diskussion seinen langgehegten Wünschen entgegenkam, knüpfte sich allerhand gewagte Spekulationen. Hier ein auf Konzession hindeutender Beschluß des CSU-Vorstandes, dort eine verschönernde Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Zimmermann — sie werden nicht nur als Taktik, sondern auch als greifbare Bereitschaft zum Einlenken gedeutet.

Dabei lassen sich ja die Ereignisse seit dem Kreuther Sezessionsbeschluß nicht bloß als beispiellos verbaler Zusammenprall oder als grandiose taktische Finesse deuten. In Wahrheit stellt sich für die CDU die Frage, ob sie mit der Wiederherstellung der Fraktion überhaupt noch ein lebenswichtiges Interesse verfehlt. Fixiert sie den Blick vor allem auf die Einheit der Unionsparteien, die Kohl als Grundlage einer modernen Volkspartei und als die eigentlich neue Idee bei der Gründung der Bundesrepublik beschwor, dann kann sie ihre bisherige Härte kaum durchhalten; Strauß hat seine anfänglich erschreckten Gefolgsleute inzwischen wieder fest um sich geschart. Geht die CDU hingegen davon aus, daß sie nie in der Lage sein wird, Strauß als CSU-Vorsitzenden aus dem Amt zu katapultieren oder auch nur seine Macht zu schmälern, dann muß sie ein

Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorziehen.

Der Verselbständigungsdrang der Bayern könnte vielleicht gebremst werden, wenn der CSU die Vorstellung einer rivalisierenden CDU in Bayern — im Vorfeld der herannahenden Landtagswahl — eine Gänsehaut über den Rücken jagte. Gleichwohl bliebe Strauß, ob nun in Bonn oder als Ministerpräsident in München, eine unübersehbare Figur der Bundespolitik. Sein Drang wächst gewaltig, sich als wichtigster Vorposten gegen östliche Machtausdehnung und gegen den Vormarsch des Eurokommunismus, als Trutzborg gegen wirtschaftlichen und politischen Verfall im Inneren zu verstehen. Sontheim und Kreuth sind beunruhigende Symptome seines missionarischen Impulses. Eine erneute Gemeinschaftsfraktion hätte nur die Wahl, Strauß beherrschenden Einfluß einzuräumen oder seine integrationszerstörerische Wirkung zu ertragen. Der Kanzlerkandidat Rainer Barzel rieb sich einst an ihm ja ebenso wund wie jetzt Helmut Kohl — und jedem Nachfolger würde es nicht anders ergehen; für Strauß waren die Kanzler-Aspiranten allesamt bloß Fliegengewichte.

Noch eines kommt hinzu. Kohls Absicht, die Freien Demokraten auf freier Strecke oder spätestens bei der Bundestagswahl 1980 zur Union herüberzuziehen, läßt sich im Bunde mit Strauß, dem vehementen Gegner jeglicher Öffnung zur FDP, nicht verwirklichen. Die von Kohl geförderten Koalitionsverhandlungen mit Freien Demokraten in Hannover und Saarbrücken geraten jetzt schon in eine weniger originelle Beleuchtung. Bundespolitisch besteht der Effekt vielleicht nur noch darin, daß die sozial-liberale Koalition die Bundesratsmehrheit der von den Unionsparteien regierten Länder gelassener betrachten kann.

Nachteile für die FDP

Jedenfalls müssen die Christlichen Demokraten überdenken, um welchen Preis es sich eigentlich lohnt, die Einheit der Unionsparteien zu erhalten. Die Bereitschaft der CSU, „lediglich“ eine eigene Fraktion zu bilden, aber auf eine bundesweite Ausdehnung zu verzichten, genügt wohl nicht mehr. So ist es nur folgerichtig, daß die CDU damit begonnen hat, sich nüchtern darauf vorzubereiten, nun nach Bayern vorzustößen. Schon haben die Demoskopen eine Zweiteilung der Sechzig-Prozent-Mehrheit in Bayern auf gleich große Anteile der CDU und der CSU ermittelt. Das mag Kohl Mut machen.

Der intern kursierende politische Rückschluß jedoch, die CDU besitze dann auf sich allein gestellt auch die reale Chance, 1980 zur stärksten Partei aufzurücken, ist ziemlich kühn, auf jeden Fall verfrüht. Gewiß, bliebe es bei der Spaltung, würde die parteipolitische Landschaft von Grund auf umgepflügt werden: Die CDU allein könnte dann künftig auch für die SPD und für die Liberalen eher bündnisfähig werden; die FDP hingegen verlöre ihren überdimensionierten Einfluß auf die machtpolitische Konstellation in der Bundesrepublik, weil sie als Mehrheitsbeschaffer nicht mehr unentbehrlich wäre.

Das freilich ist Zukunftsmusik. Zunächst einmal geht es um den Krach von heute. Der persönliche Zuschnitt der beiden Parteiführer erlaubt keinen glaubwürdigen und dauerhaften Brückenschlag mehr; zuviel Irreparables hat sich zwischen ihnen ereignet. Helmut Kohl fühlt sich durch die Ergebnisse des 3. Oktober in seinem langfristigen Anspruch auf das Kanzleramt bestärkt. Sein Strehvermögen im Kampf gegen Strauß hat Anfang dieser Woche sein Ansehen erhöht. Zugleich schwächt aber die Sezession der CSU seine Zukunftsaussichten; vor allem die Erklärung von Strauß, das Kapitel Kanzlerkandidat sei mit dem 3. Oktober beendet — getreu der Praxis, nach der zu kurz gesprungene Kanzlerkandidaten der Union nach der Wahl geschlachtet werden. Als einer der beiden Oppositionsführer hat Kohl seine große Bewährungsprobe noch vor sich: Er wird in den nächsten Jahren nicht nur an Helmut Schmidt, sondern auch an Strauß gemessen werden.

Und Strauß? In der Bundespolitik besteht die CSU nur aus ihm. Im Konflikt liegen Kohl und die CDU nicht mit der bayerischen Schwesterpartei, sondern mit deren Vorsitzendem. Niemand sonst besitzt dort die Spenglersche Vision vom Untergang des Abendlandes; niemand sonst hat seinen Glauben an den eigenen unaustauschbaren Beitrag zur inneren und äußeren Festigung der Bundesrepublik; niemand sonst verfügt über die Kraft, seiner Partei den eigenen Willen aufzuzwingen. Die Personalisierung des Streits ist unaufhebbar.

Da weder Kohl noch Strauß nach Canossa aufzubrechen trachten, ist der Konflikt — Gespräche hin, Gespräche her — auch kaum zu überzeugenden und glaubwürdigen Bedingungen lösbar. Die Spaltung der Union ist eine Tragödie, aber weder Zufall noch Irrtum.



Am Rubikon

Europa läßt warten

Rohstoffdiplomatie im Haag / Von Rudolf Herlt

Selten hat eine Sitzung des Europäischen Rats die Verflechtung zwischen den Völkern dieser Erde so deutlich werden lassen wie die Gipfelbegegnung in Haag. Gemessen an den Papieren, die diese Konferenz der Staats- und Regierungschefs aus den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft produzierte, war das Ergebnis dürftig. Dagegen hat der Meinungsaustausch über die mit der Nord-Süd-Spannung zusammenhängenden Fragen und über die wenig erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft Impulse ausgelöst, die den Konferenzfahrplan der nächsten Monate gründlich verändern werden.

So darf es als sicher gelten, daß die für den 15. Dezember anberaumte Sitzung der Pariser Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit bis Ende Februar oder Anfang März nächsten Jahres verschoben wird. In dieser Konferenz bemühen sich die Industriestaaten, die Entwicklungsländer, die Ölproduzenten, das Nord-Süd-Gefälle der weltweiten Wohlstandsverteilung zu verringern. Im Haag war bekannt, daß die beiden Vorsitzenden der Pariser Konferenz zu der Verschiebung neigen, weil sie eine Sitzung ohne Teilnahme der neuen US-Regierung Carter für wenig hilfreich halten. Das leuchtete allen Regierungen der Gemeinschaft ein — nicht nur den seit längerem auf Zeit spielenden Deutschen, sondern auch den drängenden Franzosen und Holländern. Der Bundeskanzler hat seine Kollegen Giscard und den Uyl, die der Gemeinschaft gern die Rolle des Vorreiters zugewiesen hätten, davon überzeugt, daß Eile vorläufig nicht geboten sei. Noch weiß zwar niemand, ob die Abstimmung in Fragen des Nord-Süd-Gefälles mit Carter gelingen wird. Aber alle neun Regierungen waren im Haag der Meinung, daß es sträflich wäre, wenn sie nicht versucht würde. Carter jedoch wird sich kaum vor Ende Februar 1977 in die Probleme eingearbeitet haben.

Bis dahin werden auch die Ölproduzierenden Länder im dunkeln tappen. Sie hatten erst kürzlich ihre nächste Ölpreisentcheidung auf den 20. Dezember verschoben; bis dahin hofften sie zu erkennen, welche Zugeständnisse die Industrieländer den Entwicklungsländern machen würden. Nach der Verschiebung der Pariser Konferenz müssen nun auch sie auf Carter warten. Daran entzündete sich im Haag bei manchen Delegationen die Hoffnung, daß die Ölproduzenten

vorsichtig vorgehen und ihre Preiserhöhung vielleicht in zwei Raten vornehmen würden, eine im Dezember, die zweite im Frühjahr. Der mäßige Einfluß Saudi-Arabiens soll künftig stärker für die Gemeinschaft aktiviert werden.

Die Ölländer können allerdings ein Signal aus Den Haag schon jetzt in ihre Überlegungen aufnehmen. Höhere Ölpreise werden die Fähigkeit der Industrieländer beschneiden, den Entwicklungsländern zu helfen. Jede Mark kann eben nur einmal ausgegeben werden — entweder für teureres Öl oder für Entwicklungshilfe. Die Gemeinschaft fängt an, ihr längerfristiges Interesse zu definieren. Danach wird sie den Ärmsten und den von Ölpreiserhöhungen am meisten betroffenen Entwicklungsländern mehr Hilfe zukommen lassen als bisher. Dazu ist auch die Bundesregierung bereit.

Die Bonner Haltung zur Rohstoff-Frage wird neuerdings in einigen Nuancen anders begründet als bisher. Die Beteuerung, daß es in der Rohstoff-Frage kein spezifisch deutsches Interesse gebe, das sich vom französischen oder holländischen unterscheidet, soll der Gefahr entgegenwirken, daß die Bundesrepublik innerhalb der Gemeinschaft isoliert wird. Der Kanzler fand im Kreise der Neun sogar einige Bundesgenossen, die ihm bei der Ablehnung von Mechanismen beistehen, die auf dem Rohstoffgebiet zu ähnlich teuren Fehlentwicklungen führen würden wie die europäische Agrarpolitik. Es sieht ganz so aus, als werde sich in der Gemeinschaft bis zum nächsten Frühjahr in der Rohstoffdiplomatie eine gemeinsame Haltung herauskristallisieren, die sich von der deutschen nicht mehr fundamental unterscheidet.

Mit seinem ausgeprägten Sinn für politische Aktionen hat der Kanzler dem Europäischen Rat zwei Anregungen vorgetragen. Erstens sollen Nord-Süd-Fragen, die bisher auf vier verschiedenen Ebenen — Pariser Konferenz, Unctad, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen und Weltwirtschaftsfonds — besprochen wurden, künftig im Zusammenhang behandelt werden. Zweitens sollen die Industrieländer größere Opfer für Entwicklungsländer nur dann machen, wenn sie im Austausch dafür eine größere Stabilität der Weltwirtschaft einhandeln.

Gegenwärtig heißt dies: wenn die Ölpreise wieder kalkulierbar werden.

Lotsen-Schelte

Die Funktionäre des Verbandes deutscher Flugleiter gaben sich vor dem Oberlandesgericht Celle wie frohgemute Watschenmänner. Obwohl der Vorsitzende sie wegen der propagandistischen Unterstützung rüffelte, die sie dem langen Bummelstreik der Fluglotsen im Sommer und Herbst 1973 gewährt hatten, fühlten sie sich als Sieger.

Denn die Celler Richter mußten nun auch in zweiter Instanz — wie zuvor schon das Landgericht Hannover — die Schadensersatzklage der Bundesrepublik Deutschland gegen den Lotsenverband abweisen: Der Beweis des bewußten und gewollten Zusammenwirkens von Verband und bummelnden „Aktionsgruppen“ im Sinne einer Beihilfe oder Mittäterschaft war entgegen allem Augenschein nicht zu erbringen.

Was vom planmäßigen *go slow* und *sick out* einer kleinen Beamtenriege an den Schaltstellen der Zivilluftfahrt zu halten ist, wird dennoch in den Urteilsgründen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt: „Diese Aktionen... waren entgegen der Meinung des Verbandes rechts- und sittenwidrig, weil die Aktionsgruppen, deren Angehörige in einer besonderen Treupflicht zur Bundesrepublik stehen, das ihnen vermittelte Spezialwissen und ihren Auftrag zur Bedienung eines komplizierten Sicherheitssystems benutzt haben, um — aus der Anonymität heraus — durch die Androhung und Herbeiführung unverhältnismäßiger Schäden wesentliche finanzielle Vorteile, nämlich Besoldungsverbesserungen, zu erreichen.“

Den Schaden in Höhe von — geschätzt — 250 Millionen Mark, der Fluggesellschaften, Reisebüros und Flughäfen durch den Bummelstreik entstanden ist, hätten die rund tausend Fluglotsen ohnehin bis ans Ende ihres Lebens nicht ersetzen können. Ob sie sich wenigstens den Tadel zu Herzen nehmen?

H. Sch.

Pressefreispruch

Der Deutsche Presserat hat die Bonner Journalisten, die vor kurzem durch Berichte über ein vertrauliches Gespräch mit den Generalen Krupinski und Franke die „Generals-Affäre“ ausgelöst hatten, von dem in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf des Denunziantentums freigesprochen. Er habe nichts festgestellt, was Zweifel an der Aufrichtigkeit der persönlichen Gewissensentscheidung der Berichterstatter begründet. Andererseits nahm der Presserat den Vorfall zum „Anlaß, daran zu erinnern, daß die Verletzung vereinbarter Vertraulichkeit, auch aus Gewissensgründen, die Grundlagen des Journalismus, der Informationsfreiheit und des Anspruchs auf ein Zeugnisverweigerungsrecht der Presse berührt.“

Ein weiser Spruch. Über individuelle Gewissensentscheidungen läßt sich weder rechten noch richten. Da ist jeder Journalist sich selber die letzte Instanz; er muß ja auch die eventuellen Folgen tragen. Andererseits darf das journalistische Gewissen auch nicht überstrapaziert werden, wenn nicht die Arbeitsbedingungen des gesamten Berufsstandes leiden sollen. Nicht immer schlägt ja schon das Gewissen, wo bloß das Interesse an einer Story sich regt.

Der Vorwurf des Denunziantentums konnte sich im übrigen nur auf den einen Bonner Journalisten beziehen, der keine Zeile veröffentlichte, aber einen empörten Brief an seine Gesprächspartner schrieb — mit Durchschrift an den Verteidigungsminister. So dürfte sich kein Presse-mann zum Handlanger, ja zum Informanten machen. Da ist der Freispruch des Presserats zu pauschal ausgefallen.

Th. S.

Bayerns Moltke

Das Wesen der Strategie“, lehrte Helmut von Moltke, „liegt in der Anordnung getrennter Märsche unter Berücksichtigung rechtzeitiger Versammlung.“ Ausgerechnet der preußische Generalsstabshelfer, der 1866 endgültig die Vorherrschaft der alten „Südschiene“ Österreich brach, muß nun Schützenhilfe für die Abkoppelungsmanöver der bayerischen CSU-Battalione liefern. „Getrennt marschieren, vereint schlagen“, doziert Strauß — dies sei die neue Devise der Unions-Parteien.

Auch der alte Moltke hatte sich in Königgrätz auf ein gewagtes Spiel eingelassen. Seit jeher galt es als ehernes Prinzip, die Armeen vor dem Gefecht möglichst eng zusammenzuballen. Moltke setzte dafür auf Telegraph und Eisenbahn. Der Erfolg gab ihm recht: Den strategischen Vorteil der inneren Linien, den die Habsburger besaßen, konnte er in den taktischen Nachteil der Umzingelung verwandeln. So erkämpften sich die „Nordlichter“ die Hegemonie über Klein-Deutschland.

Nur: Der Moltke-Epigone Strauß hat vergessen, daß diese riskante Schlachtordnung ohne die straffte Führung schiefgehen würde. Den Aufmarsch der drei Armeen hatte Moltke eigenhändig von Berlin dirigiert. Unter dem „Westentaschen-Zwerg“ Kohl und dem Militärgenie Strauß aber werden Bajuwaren und Nordstaatter wohl getrennt am Main aufmarschieren und gemeinsam aufeinander einschlagen.

jo.

DIESE WOCHE

Politik	1—11
Pol. Woche	8
Länder	12—13
Pol. Buch	14—15
Leser	16
Wirtschaft	17—32
Feuilleton/Literatur	33—41
Kritik und Information	42
Feuilleton/Literatur	43—45
Berufe	46—49
Themen der Zeit	50
Reise	51—58
Modernes Leben	59—63
Wissenschaft	65
Sport	66
Modernes Leben	67—68

3 Krach in der Union
Nina Grunenberg und Carl-Christian Kaiser berichten von der Nord-Süd-Front. Dazu ein Interview mit Alfred Dregger (Seite 4)

17 Die Bosse bleiben skeptisch
Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich wieder verschlechtert — Ergebnisse einer Ifo-Umfrage

33 Keiner weiß, was jetzt wird
Bekommenheit unter den Intellektuellen der DDR. Kommentare, Texte der Verhafteten

59 Vater muß zahlen, zahlen, zahlen
Klaus Ralf über das Bundesausbildungsförderungsgesetz



Eine problemfreie Welt

Der amerikanische Futurologe Herman Kahn weissagt der Welt ein goldenes Zeitalter — in 200 Jahren